



Das Reichsbanner

Dezember 1967 / Nr. 12 / 11. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold
und des Freiheitsbundes e. V. Berlin

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Bewegung und Angriff

Von Alfred Miles

Am Ende des alten und an der Schwelle des neuen Jahres müssen wir überlegen, wie in Zukunft die Arbeit des Reichsbanners noch besser getan werden kann. Bei allen Überlegungen ist allerdings zu berücksichtigen, welche Voraussetzungen für eine Intensivierung dieser Arbeit in den Ortsvereinen und Stützpunkten überhaupt vorhanden sind. Erst dann können wir den Überlegungen die Tat folgen lassen.

Wir sagten es wiederholt, wir sind keine Massenorganisation, noch ist das Reichsbanner auch nur annähernd schon so stark, daß es nach außen, in der Öffentlichkeit, allein schon durch sein Dasein bei den Bürgern bekannt ist und diese wiederum über sein Wollen unterrichtet sind und von seiner Tätigkeit etwas spüren. Wir machen uns also nichts vor und erkennen, daß wir mehr in Bewegung geraten müssen als bisher, daß wir noch eifriger darum bemüht sein müssen, neue Kameraden zu gewinnen und neue Ortsvereine und Stützpunkte ins Leben zu rufen. Es schadet gar nicht, wenn wir selbstkritisch das hier einmal feststellen und wir maßen uns auch nicht an, Zensuren zu verteilen, weil wir bei gewissenhafter Prüfung vielleicht feststellen, daß wir selbst hier und dort hätten mehr tun können. Aber es muß wirklich noch mehr hinzukommen, wenn sich unsere Mühe auszahlen soll. Wir meinen, daß das Leben in den Ortsvereinen stärker pulsieren muß. Sehen wir uns doch einmal kritisch in den Ortsvereinen um, dann stellen wir fest, daß es viele Dinge dort gibt, die recht verbesserungsbedürftig sind. Da ist es z. B. der Versammlungsbesuch, der auch bei uns nicht viel besser ist als bei den Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Wobei auch bei uns die Tatsache bestätigt wird, daß, je kleiner die Organisationsgliederung an Mitgliedern, um so größer prozentual der Anteil der Mitgliedschaft an Versammlungen und anderen Veranstaltungen ist. Nun haben wir allerdings auch noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, die bei vielen anderen großen Organisationen usw. nicht bestehen. Wir sind fast überall noch in der „Diaspora“. Die Kameraden wohnen in den großen Städten oft weit verstreut und zu Untergliederungen oder Stadtteilorganisationen ist es wohl kaum schon gekommen. Wenn wir also zu Versammlungen zusammenkommen, muß es sich für die Teilnehmer auch lohnen. Die Form der Zusammenkünfte ist recht unterschiedlich, sie reicht vom zwanglosen „Stammtisch“ bis zur geordneten und gut vorbereiteten Versammlung. Wir wollen aber ja nicht nur zusammenkommen, um uns nur einmal wiederzusehen und nach „gemütlichem Beisammensein“ wieder nach Hause zu gehen mit der befriedigenden Feststellung, es war ein netter Abend. Das würde auf die Dauer Langeweile und Stillstand bedeuten, und es wäre sehr bald abzusehen, wann wir nur noch ein Schattendasein führen. Wir kommen schließlich zusammen, um uns politisch zu informieren, um zu diskutieren, um uns eine Meinung zu bilden, insonderheit zu den Zielsetzungen und Aufgaben, die wir uns gestellt haben, und hinsichtlich der Möglichkeiten, sie dann für uns nutzbar zu machen und neue Kameraden zu gewinnen. Vom Stil unserer Versammlungen wird es also auch abhängen, ob wir neue Freunde, die wir in unsere Versammlungen einführen, für immer gewinnen, oder ob sie enttäuscht nur eine einmalige Gastrolle bei uns geben. Unser Mitgliederstamm setzt sich in der Mehrzahl aus solchen Kameraden zusammen, die Erfahrung in politischer

Arbeit aus ihrer Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften oder sonstigen Organisationen schon mitbringen. Diese Erfahrungen sollten sie auch für uns nutzbar machen und sich bemühen, Vorschläge für die praktische organisatorische und politische Arbeit vorzubringen. Wir sind mitten in der Diskussion um eine klarere Definition unserer Zielsetzungen und Aufgaben; die Hamburger Veranstaltung war hierfür schon ein guter Anfang. Das was in Hamburg gesagt wurde, muß deshalb auch bei uns diskutiert werden, muß um neue Gedanken bereichert werden, damit wir alsbald etwa in der Form eines nicht zu umfangreichen, aber prägnanten Manifests, unsere Zielsetzungen und Aufgaben verbindlich festlegen und damit auch in der Öffentlichkeit arbeiten können. Über die Feiertage sollten sich deshalb unsere Kameraden einmal ernstlich überlegen, wie sie im neuen Jahre am Orte unsere Arbeit auf eine breitere Basis stellen und wie sie die Arbeit wirklich verbessern können. Diese Fragen sind wichtig genug, daß man sich hierüber nicht nur in einer Vorstandssitzung, sondern auch in einer Mitgliederversammlung mit genügend Zeitaufwand den Kopf zerbricht. Aber auch damit ist es noch nicht genug getan. Wir haben bisher davon gesprochen, wie die Arbeit in der Organisation, nach innen noch verbessert werden muß. Wie steht es aber mit der Arbeit nach außen? Sie ist erst noch in sehr bescheidenen Anfängen. Unser Auftreten nach außen hat sich manchmal nur auf gesellige Veranstaltungen, auf Teilnahme an Veranstaltungen anderer befreundeter Organisationen oder aber auf die Durchführung von Erinnerungsfeiern u. ä. beschränkt. Das ist nicht genügend und zu dürftig. Wir müssen so schnell als möglich unsere Organisation am Orte so festigen — und mögen wir auch dort noch so klein sein —, daß wir es wagen können, nach außen zu treten, vielleicht erst zaghafte Schritte machend, dann durch selbstsicheres Auftreten die Aufmerksamkeit auf uns lenkend, und so immer mehr die gebührende Beachtung für uns gewinnend.

Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, um aus manchem „Dornröschendasein“ herauszukommen.

Wir meinen schon, daß gut vorbereitete und interessante Mitgliederversammlungen den Zusammenhalt festigen. Wichtig ist aber, daß auch die Öffentlichkeit hiervon erfährt. In den Tageszeitungen am Ort gibt es fast durchweg einen Versammlungskalender, in dem man neben der besonderen schriftlichen Einladung ohne Kosten die Veranstaltungen ankündigen kann. Wenn es hier Schwierigkeiten gibt, soll man nicht kapitulieren und sich wehren. Viele Zeitungen sind auch bereit, kurze Berichte über unsere Versammlungen zu bringen, das ist schon ein Stück Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen uns auch bei bestimmten politischen Vorkommnissen am Orte, soweit sie in unseren Interessensbereich fallen, einschalten und Stellung nehmen. Leserbriefe an Zeitungen sind sehr wirksam. Ebenso wichtig ist die Teilnahme an Diskussionen in öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen. Bei falscher Berichterstattung muß man Zeitungen oder auch Redaktionen unserer Massenmedien hierauf aufmerksam machen, kritisch Stellung nehmen, und sie um Berichtigung bitten. Und schließlich ist dann der Versuch zu nennen, in einer eigenen öffentlichen oder halböffentlichen Veranstaltung (mit geladenen Gästen) für das Reichsbanner zu werben. Es ist hier nicht der Ort, diese Dinge

mit allen Details quasi als Gebrauchsanweisung aufzuzeigen. Dazu wird dann im einzelnen noch später etwas zu sagen sein. Was wir mit diesem Appell erreichen wollen, ist, daß im kommenden Jahr unsere Arbeit einen sichtbaren und großen Auftrieb erhält, der uns auch zu politischen Aktionen befähigt, die, wie wir meinen, notwendig sein werden. Das rechtsextremistische und sich „konservativ“ tarnende reaktionäre Gelichter ist zwar nicht vor der Tür, aber es ist wieder aus den Mauselöchern hervorgekommen. Tatenlos zusehen wollen wir hier nicht, denn schließlich sind wir ja dazu da, drohende Gefahren in geeigneter Form mit abwehren zu helfen.

Das resignierende Achselzucken wollen wir anderen überlassen und wir müssen mit dabei sein, angreifen, und uns auseinandersetzen. Dazu sind wir aber nur dann befähigt, wenn unser Bund mit äußerster Aktivität und trotz der bescheidenen organisatorischen Grundlage vom Einzelmitglied über alle Organi-

sationsgliederungen herauf, wirklich alle Anstrengungen unternimmt, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Das muß bedeuten, daß wir uns überall in den allerersten Wochen des neuen Jahres vornehmen, die von uns aufgezeigten Probleme auf die Tagesordnung der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen der Ortsvereine und der Zusammenkünfte in den Stützpunkten zu sehen. Was dort als Beratungsergebnis herauskommt, muß in die Praxis übertragen werden: Vergrößerung der Mitgliederzahl, bessere Ausgestaltung der Mitglieder- und sonstigen -Versammlungen, Auftreten des Reichsbanners in einer breiteren Öffentlichkeit, politische Aktionen und Angriff auf die Widersacher der Demokratie.

Wir sind sicher, daß unsere Kameraden ihre Pflicht tun. Denn wir sind aktive Demokraten!

Die Gefahr von rechts

Herausforderung an die demokratischen Parteien

sp— Die Nationaldemokratische Partei tritt mit einer doppelten Lüge auf. Sie ist weder national, noch demokratisch, und hier gleicht sie jener Partei, die vor fast 30 Jahren Deutschland, Europa und fast die ganze Welt in einen Krieg stürzte, an dessen Folgen wir alle zu tragen haben. Für die politische Verirrung einer Generation muß unser Volk einen schrecklichen Preis bezahlen. Auch die Spaltung unseres Landes gehört dazu, die 11 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge und die 50 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges. Es ist gut, sich dessen zu erinnern.

Die Reden auf und der Ablauf des in Hannover abgehaltenen Parteitag der NPD haben im In- und Ausland Anlaß zu besorgten Betrachtungen gegeben. Man sollte sie nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn West und Ost immer noch etwas verbindet, was stärker ist, als der kalte Krieg in den fünfziger Jahren, dann die Entschlossenheit, es in Deutschland nicht wieder soweit kommen zu lassen. Das Mißtrauen gegen mögliche innerdeutsche Entwicklungen hat nach 20 Jahren durch die Aktivität der NPD neuen Nährboden erhalten.

Das ist neben vielen anderen Gründen auch ein Grund für West und Ost, die Frage der deutschen Wiedervereinigung von der weltpolitischen Tagesordnung abzusetzen; jedes Anwachsen der NPD an Stimmen und Mandaten fügt dem, was von der deutschen Nation nach dem Höllensturz des Dritten Reiches noch übrig blieb, unendlichen Schaden zu. Die NPD mag dies gewiß nicht bekümmern, für unser Volk aber und für unsere demokratischen Parteien ergeben sich darauf die Pflicht zur solidarischen Abwehr. Wenn sie hier versagen, sich der sie verbindenden Gemeinsamkeit entsagen, oder wenn Teile von Parteien, die sich zur Mitte rechnen, eine Koketterie mit der NPD nicht ganz ausschließen, dann werden wir wohl alle die Gefahr heraufbeschwören, den uns verbliebenen Rest der Nation ganz zu verspielen.

Die NPD bezieht ihre Stärke aus der Unsicherheit, die in vielen Bereichen unseres Lebens eingezogen ist. Diese zu beseitigen, die notwendigen Strukturveränderungen in der Wirtschaft mit einem Mindestmaß an menschlichen Härten durchzuführen, den Menschen wieder Vertrauen zu geben in eine von Furcht freie und gesicherte Zukunft — das sind die wirksamsten Waffen in der Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die glauben, sie könnten es den „Lizenz-Parteien“ in Bonn schon geben. Das erfordert aber auch bei den demokratischen Parteien der Mitte bei aller Gegensätzlichkeit darüber, welche gesellschaftspolitischen Inhalte diese, unsere Bundesrepublik haben soll, Übereinstimmung in demokratischen Grundüberzeugungen.

Spandau

Heraus aus der Reserve!

eres-Spandau. 1933 triumphierte die braune Diktatur. Eines ihrer Ziele war erreicht. Unsere Organisation verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit dank der Hilfe, die vordem den Nazis durch ständige Obstruktionspolitik seitens der extremen Linken in den Parlamenten zuteil geworden war. Das Reichsbanner wurde in die Illegalität gedrängt. Kontaktgruppen blieben in einigen Orten bestehen, so auch in Spandau die RGH. Die Skala des Widerstandes reichte von der einfachen Abwehr bis zum aktiven Widerstand. Wenn es den Apparat-

schicks unter Himmler, Müller, Eichmann, Heydrich, Frank u. a. nicht gelang, uns gänzlich zu vernichten, so lag es an der Art der aufgezogenen Abwehr und etwas Glück. Noch nach Jahren frohlockt kein Widerständler wegen geglückter Einsätze. Er bleibt bescheiden. Mit wehem Herzen wird aber der Kameraden gedacht, die den Henkern zum Opfer fielen, stellvertretend für sie Theodor Haubach.

Hier und in fremder Erde schlummern die Toten des Wahnwitzes einer Clique. In diesem Zusammenhang wollen wir auch der Toten gedenken, denen das Morden anelkte, den fluchbeladenen Fahnen nicht mehr folgen wollten und an unsere Bezirksgrenze in den Murellenbergen standrechtlich erschossen wurden. In den Akten des Artikelschreibers liegen 109 Namen der fusilierten Uniformträger, vom 61jährigen General Weber, Generalleutnant Heistmann v. Zielberg über den Bergarbeiter Walter Bruckmann aus Siegen bis zu dem kleinen unteretzten kaum 16jährigen Flakhelfer Helmut Braun, dessen bittere Tränen das Standgericht nicht erweichen konnte. Hier sei zusätzlich vermerkt, daß in der Versorgungsfrage Rentenansprüche hinterbliebener Angehöriger von heutigen Gerichten abgelehnt worden sind. Es ist ein glatter Hohn, zumal ehemalige Goldfasane gut mit staatlicher Apanage auskommen und das Gros der NPD stellen. Noch eine Frage: „Welcher Fahneneid hat Vorrecht?“ Wir schworen freiwillig „Deutsche Republik, wir alle schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!“ Der abgenötigte Schwur auf den Nazistaat und seinem teppichbeißenden Führer fand unter Druck statt und konnte nicht anerkannt werden.

Mit Genugtuung ist festgestellt worden, daß Staatsanwälte und Organisationen politische Verbrecher jagen und Sühne verlangen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Sühne, nicht auf Rache. Wir sind weit entfernt, Praktiken diktatorischer Regime zu klischieren.

Nach 1945 sah man unsere Kameraden beim Aufbau demokratischer Institutionen. Die Schaffung einer Existenzgrundlage verursachte zusätzliche Belastungen. Am politischen Horizont suchten viele unserer Freunde nach linksradikalen Tieffliegern und waren oftmals böse, wenn wir „Augen rechts“ befahlen. Jetzt haben wir das Dilemma.

Werte Freunde! Wenn wir in unserem Bezirk das Reichsbanner stärker aufleben lassen, dann bestimmt nicht aus Freude an der Freizeitgestaltung im Rahmen einer zusätzlichen Vereinsmeierei. Wir können unsere Freizeit auch anders nützen. Wir haben auch nicht den Drang zum parlamentarischen Parkett als radikal-republikanische „Partei“. Wir wollen nur das Salz der Demokratie sein. Zeitbedingt gegebene Verhältnisse zwingen förmlich dazu, Bürgern, wo möglich, den flauen Geschmack von der Zunge zu nehmen und unverbesserlichen Elementen die Suppe gehörig zu versalzen! Front muß gemacht werden gegen ehrabschneidende Verunglimpfungen demokratischer Politiker, gegen all das, was über den normalen Rahmen politisch-satyrischen Ulks hinausgeht. Wehret dem. Denkt daran! Mit Verhöhnung Friedrich Eberts fing es an, mit Spott trieb man Juden und Kriegsgefangene in die Verbrennungsofen.

Wenn gelegentlich verlautet, daß die NPD Schützenhilfe aus dem Osten erhält, so ist dieses nur platonisch zu verstehen. Aber erstens gewährt der Osten keine Wiedergutmachung an Juden, andererseits erhält die VAR moralische und finanzielle Unterstützung. Zweitens lassen Mauerbau und Schießbefehl das rechtsradikale Unkraut in die Höhe schießen.

Es ist für ein Land, dessen einer Teil zum „Spaziergebiet“ für sowjetische Truppen, der andere den westlichen vorbehalten ist, nicht gut, in einem ewigen Spannungsverhältnis zu leben. Wir sehnen uns nach Entspannung und haben kein Interesse für neue Spannungen. Eine Intensivierung auf dem Sektor des

Hier spricht die Jugend:

Die Jugend im Widerstand gegen den Krieg!

(Von Adolf Dierking, Bremen — Jugendleiter —)

Immer häufiger demonstriert und protestiert die Jugend in aller Welt gegen den barbarischen Krieg der USA in Vietnam. Die Protestaktionen werden künftig immer härtere Formen annehmen, wenn es der amerikanischen Regierung nicht gelingt, in naher Zukunft zu einem dauerhaften Frieden in Südostasien zu kommen. Die zweifelhafte Friedensbereitschaft der USA hat ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt, nicht zuletzt durch die zum Teil unwahre Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Der Krieg in Vietnam ist zu einem Versuchsfeld der Militärs und Waffentechniker geworden, der Kriegsschauplatz ist seit einigen Monaten ein riesiges Versuchsgelände der Amerikaner. Diese Versuche sind einfach mörderisch und könnten ohne Menschenleben auszulöschen, getestet werden.

Im Interesse des Weltfriedens muß es zu einer Verständigung kommen, die Vernunft muß das Handeln bestimmen; mit makabre Prestigeüberlegungen und purer Machtpolitik wird es niemals zu einer Annäherung der Standpunkte kommen. Die Staatsmänner von heute sind es uns und der kommenden Generation schuldig, den Weltfrieden zu sichern, kriegerische Auseinandersetzungen sollten endgültig der Vergangenheit angehören; die Völker dieser Erde müssen es lernen, in Koexistenz zu leben.

Durch die Existenz der Atombombe ist die klassische Politik lahmgelegt, sie kann und darf nicht im Krieg ihre Fortsetzung sehen. Das Gebot der Stunde, im Hinblick auf die Situation der weltpolitischen Lage, ist die Notwendigkeit, eine Kriegskatastrophe mit allen Mitteln der Diplomatie zu verhindern. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten müssen die direkte Konfrontation vermeiden, die beide vernichten würde. Die Füh-

rer der beiden großen Nationen wissen das, dennoch rühren Spannungen daher, daß beide Mächte versuchen, sich gegenseitig aus dem Feld zu schlagen, dem Gegner eine Position streitig zu machen und seinen Einfluß einzudämmen. Trotzdem wissen beide Mächte, daß sie auf der weltpolitischen Ebene gleichziehen müssen, hinsichtlich des großen China, deshalb sichern zur Zeit die beiden großen Atommächte des Status quo, gewollt oder ungewollt. Diese Situation hat zu größerem Bewegungs-



Der Jugendbund Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold e. V.
wünscht seinen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest
und ein erfolgreiches neues Jahr!



drang der kleinen Länder geführt, die beiden großen Mächte müssen sich daher etwas einfallen lassen, um nicht von Dritten in einen Konflikt gezwungen zu werden.

Die Logik der Vernunft und die Konsequenz der militär- und wirtschaftspolitischen Lage zwingt zur Koexistenz und Entspannung zwischen Ost und West. Es ist eine zwingende Notwendigkeit, die Krisenherde in Südostasien und im Nahen Osten zu beseitigen, damit die Angst und Sorge in die Vergangenheit verbannt werden kann.

Unsere Jugendgeneration nimmt Anteil an den anstehenden internationalen politischen Probleme, darum ihr demonstrativer Unwille und Widerstand gegen Krieg und damit verbundenem Elend.

Heraus aus der Reserve Fortsetzung von Seite 2

Warenaustausches, auf dem der Kultur und des Sportes kann nur allen Teilen recht sein, jedoch einem politischen Import können wir keinen Geschmack abgewinnen. Wir dürfen die Hoffnungen unserer Kameraden im Osten auf ein freiheitliches Leben nicht zerstören. Für sie gilt auch heute „Es ist noch lang die Freiheit nicht, sein Recht als Gnade nehmen“.

Friedenswillen zu bekunden allein genügt nicht. Nach zwei vom Zaun gebrochenen und verlorenen Kriegen müssen Taten folgen. Durch geschicktes Lavieren unserer demokratischen Regierungen können Freiheit und Frieden gesichert werden. Ein heißes Eisen jedoch ist der ganze Fragenkomplex der Notstandsgesetzgebung. Schon die Ausweitung der Verfassung durch ständige Zusätze kann dieselbe zur Gummiverfassung degradieren. Noch schwerer wiegt ein Dualismus von Verfassung und Gesetzen, geschweige einer Überstellung von Gesetzen. Hierbei könnte eines Tages der Weg frei werden zu Ermächtigungen und Totalitarismus. Darum Argwohn. Ein Regierungsschiff mit Notstandssegeln könnte bei einer stärkeren NPD-Brise leicht deren Beute werden. Notstandsgesetze hat-

ten in der Weimarer Zeit die Agitationstätigkeit des Reichsbanners stark eingeengt. Daß sich Kreise der Jugend, besonders aus dem Lager der Studenten, Gedanken darüber machen, ist durchaus nicht absonderlich. Vielleicht ist es sogar ein Zeichen politischen Reifens. Bedauerlich allerdings wird der stürmische Drang dort, wo die Grenzen des politischen Soll und Habens nebelartig verschwinden. Dort, wo bewußt Vollzugsorgane provozierend herausgefordert werden, wo versucht wird, wie bei Professor Carlo Schmid, Unterschriften zu erzwingen, hört die demokratische Gemütlichkeit auf. Andere Zeiten erfordern andere Mittel, und so wird das Reichsbanner die ihm gestellten Aufgaben auch modern zu lösen wissen.

Landesverband Hessen

Die Vorstände der Ortsvereine wollen ihre Anträge zum vorgelegten Statut umgehend an den Vorsitzenden schicken.

Der Landesvorstand wünscht allen Kameraden geruhsame Weihnachtsfeiertage und ein sorgenfreies 1968.



Wenn es sich um Geld dreht

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin

Ortsverein Frankfurt a. M.

Auch am diesjährigen Volkstrauertag hielt unser Ortsverein auf dem Hauptfriedhof eine Trauerfeier an der Ruhestätte unserer von der SA ermordeten Kameraden Koch und Schmidt ab. Nach einem Chor der „Union“ wies Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert in seiner Ansprache auf die harten Auseinandersetzungen mit den Radikalen in der Weimarer Republik hin. Er hob besonders die opfervolle Bereitschaft vieler aufrechten Demokraten hervor, zu denen auch die Toten des Reichsbanners in erster Linie zählten. Das Vermächtnis dieser Toten sei es, auch heute weiter die Bereitschaft zu stärken und



für eine Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten, in der jeder Mensch sich nach seiner eigenen Meinung entfalten könne. Nach Kranzniederlegungen der Stadt Frankfurt a. M., des Verbandes für Freiheit und Menschenwürde, der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e. V. sowie unserer Organisation beschloß der Volkschor „Union“ mit dem eindrucksvollen Lied „Holder Friede!“ die Feier.

Im Clubraum des Bürgergemeinschaftshauses „Ronneburg“ wärmten sich die Kameraden anschließend bei einem ungezwungenen Gespräch wieder auf.

Aus den Ortsvereinen

Bonn-Stadt und -Land

Montag, 18. Dezember 1967, 19 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus Gardemann, Bonn, Weiherstraße 1 (Saal, 1. Stock). Berichte von Hamburg und Koche und Planung der Arbeit im Jahre 1968. Gäste können eingeführt werden. Schriftliche Einladung besonders.

Ortsverein Frankfurt a. M.

Am Samstag, dem 9. Dezember 1967, um 15.30 Uhr, treffen sich unsere Kameraden mit ihren Frauen zu einem „Farblichtbildervortrag“ des Kameraden Fr. Funk im Naturfreundehaus Niederrad am Golfplatz.

Teilnehmer des Waldspazierganges treffen sich um 14.30 Uhr an der Endstation der Linie 21 in Schwanheim.

Offenbach-Stadt und -Land

Für unseren wiedergegründeten Ortsverein war es selbstverständlich, sich an der diesjährigen Totengedenkfeier der städtischen Körperschaften auf dem Alten Friedhof zu beteiligen. Oberbürgermeister Georg Dietrich erinnerte an die zwei Weltkriege, die Millionen von Opfern gekostet hätten. Er sprach auch von jenen, die infolge der Trennung Deutschlands an der Mauer verbluteten und die in Zuchthäusern starben. In Offenbach seien auch die Gräber sowjetischer Kriegsgefangener geschmückt worden. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold werde ebenfalls am Grabe des von SA-Schergen erschossenen Kameraden Christian Pleß einen Kranz niederlegen. All diese Mahnungen hätten ein Ziel: Den Völkermord zu ächten!

Unsere Kameraden und viele Offenbacher Einwohner nahmen anschließend an der Kranzniederlegung des Reichsbanners an der Ruhestätte von Christian Pleß teil.

Mitteilungen der Bundeszentrale

Vollmacht

Kamerad Walter Jansen, 23 Kronshagen über Kiel, Stein-damm 1c, ist vorläufig bevollmächtigt, alle Interessen des Bundes im Lande Schleswig-Holstein wahrzunehmen.

Kamerad Jansen vertritt die Interessen des Bundes auch, soweit sie durch Verbindungen und Verhandlungen mit Behörden, politischen Parteien und Verbänden usw. entstehen und sich sonstwie aus den satzungsgemäßen Bestimmungen ergeben.

Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr

wünschen wir unseren Kameraden u. Freunden und ihren Angehörigen alles Gute. Sorgen wir dafür, daß 1968 recht viele frühere und neue Kameraden zu uns kommen und daß das Reichsbanner wieder zu einem wichtigen Faktor im demokratischen Staat wird.

Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied gewonnen?

Nimm, wenn es möglich ist, für einen bestimmten Zeitabschnitt vom zuständigen Ortsverein oder von der Bundeszentrale, **mindestens ein zusätzliches** Exemplar unserer Zeitung ab und gib es an einen Interessenten weiter. Das kleine finanzielle Opfer lohnt sich für uns.

- Wer Mitglied des Reichsbanners werden,
- oder seine frühere Mitgliedschaft wieder aufleben lassen will,
- wende sich an den nachstehenden Verteiler dieser Zeitung: (Stempel, Anschrift in Maschinen- oder Blockschrift)

.....
.....
.....
.....
.....

- oder direkt an die Bundeszentrale des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18.

Beitrittserklärung

Name

geb. am:

Wohnort

Wohnung

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33

PSchA Hamburg, Konto Nr. 185610

Verantwortlich:

Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18
Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.